Herr Hubert erläutert den Antrag der SPD und verweist auf die Tischvorlage (**Anlage 2** zur Niederschrift). Er bemängelt, dass seitens der Verwaltung bis jetzt keine Reaktion auf den Antrag des DLRGs vom 15.09.2019 erfolgt sei. Sodann beantragt Herr Hubert eine Sitzungsunterbrechung, um dem Vorsitzenden der DLRG Herrn Schöneberg die Möglichkeit zu geben, sich zur Sachlage zu äußern. Die Sitzung wird um 18:33 Uhr unterbrochen und um 18:38 Uhr wieder aufgenommen.

Auf die Nachfrage von Herrn Strausfeld antwortet Frau Lehmacher, dass die DLRG zwar Mitglied im Gemeindefortsportbund (GSB) sei, sich jedoch aufgrund eines Interessenkonfliktes nicht vom GSB vertreten lassen möchte. Zudem teilt Frau Lehmacher mit, dass es Anfang November einen Termin mit dem Vorsitzenden des GSBs bzgl. der Wiedereröffnung aller Sportstätten gegeben habe. Ziel sei es, dass alle Sportvereine ihre alten Trainingszeiten wieder erhalten.

Frau Hubert fragt nach, warum der DLRG die alten Trainingszeiten nicht zugesagt werden.

Herr Sterzenbach erläutert, dass die DLRG ganz bestimmte Vorstellungen/Wünsche zur Nutzung des Hermann Weber Bades (HWB) nach Wiederinbetriebnahme habe. Die Verwaltung sei bemüht, das Beste (unter Berücksichtigung aller Vereine) daraus zu machen. Folgende Punkte seien zu beachten:

- Bei der Belegung sei die Benutzungs- und Gebührensatzung für Sportanlagen anzuwenden. Die Satzung verschaffe niemanden einen Anspruch auf ganz bestimmte Nutzungszeiten. Die Satzung müsse diverse Nutzer im Rahmen der Kapazitäten abwägen.
- Die Satzung sehe eine Reihenfolge für die Benutzung von Sportanlagen vor:
 1. den allgemein bildenden Schulen im Gemeindegebiet Eitorf;
 2. der Volkshochschule Rhein-Sieg und der Musikschule Eitorf;
 3. den Dienstgruppen der Freiwilligen Feuerwehr Eitorf und der Polizeistation Eitorf;
 4. den Sportvereinen aus der Gemeinde Eitorf, die Mitglied im GSB sind, sowie der Betriebssportgruppe der Gemeindeverwaltung Eitorf;
 5. den sonstigen organisierten Sportgemeinschaften in der Gemeinde Eitorf.Die DLRG gehöre zur Kategorie 4. Vorrangig sei die Belegung durch die Kategorien 1-3. Zudem müsse das Schwimmbad zu bestimmten Zeiten auch für die Öffentlichkeit geöffnet bleiben.
- Die Verwaltung müsse daneben auch die tatsächlichen und voraussichtlichen Ressourcen (namentlich Personal) und das neue Betriebskonzept, welches voraussichtlich im Januar vom Hauptausschuss beschlossen werden soll, berücksichtigen. Vorrangig müsse zunächst die Baustelle zügig abgeschlossen und die Vorbereitungen für die Inbetriebnahme des HWBs getroffen werden.

Daher kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht über die Nutzungszeiten der DLRG abschließend entschieden werden. Man befinde sich bereits mit den Vereinen im Dialog, um die Nutzungszeiten zu klären. Ein Einvernehmen mit der DLRG konnte in den bis jetzt geführten Gesprächen nicht erzielt werden.

Sofern mit Blick auf die denkbare Eröffnung (April bis Juni 2020) ein Einvernehmen mit der DLRG erzielt werden könne, sei der AKSMK laut Satzung nicht zuständig. Nur bei fehlendem Einvernehmen im Bereich der Vereinsnutzung entscheide der AKSMK nach Maßgabe der Zuständigkeitsordnung nach § 3 Abs. 1 der Satzung.

Voraussichtlich werde die Verwaltung Ende des 1. Quartals 2020 einen Entwurf des Nutzungsbescheides an die DLRG und die anderen betroffenen Vereinen vorlegen können. Sofern kein Einvernehmen mit der DLRG erzielt werden sollte, werde eine Vorlage erstellt und der AKSMK ggf. schon am 11.03.2020 mit der Angelegenheit befasst.

Ein Eilbedarf für eine heutige Entscheidung bestehe im Hinblick auf die Eröffnung des Schwimmbades nicht. Ganz im Gegenteil, die Nutzungszeiten mit äußerster Sorgfalt zu planen.

Frau Lehmacher ergänzt, dass die DLRG folgende Nutzungszeiten beantragt habe:

- montags, 17:00 bis 21:00 Uhr: kann so genehmigt werden

- donnerstags, 20:00 bis 21:00 Uhr: bisher kein Einvernehmen
Die Öffnungszeiten des HWBs für die Öffentlichkeit sollen zukünftig montags bis freitags einheitlich um 21:00 Uhr enden. Daher wurde der DLRG vorgeschlagen, das Bad donnerstags ab 21:00 Uhr zu nutzen. Damit war die DLRG nicht einverstanden. Als Kompromiss wurde vorgeschlagen, der DLRG die Hälfte des Beckens (2 Bahnen) bereits ab 20:00 Uhr zur Verfügung zu stellen, da in der Vergangenheit im Durchschnitt nur 9,5 Personen trainierten und für die Belegung des gesamten Beckens mindestens 12 Personen am Training teilnehmen müssten. Da der Taucherclub Xarifa ebenfalls gerne mittwochs ab 20:00 Uhr trainieren würde, habe der Verein der Verwaltung als Lösung vorgeschlagen, am Donnerstag für die Öffentlichkeit bereits um 20:00 Uhr zu schließen und danach DLRG und Xarifa jeweils zwei Bahnen zur Verfügung zu stellen. Damit würden die Einschränkungen für den öffentlichen Bäderbetrieb auf den Donnerstag begrenzt. Mit dem Vorschlag sei die DLRG ebenfalls nicht einverstanden.
- samstags, 08:00 bis 10:00 Uhr: kein Einvernehmen
Um eine Trainingszeit ab 08:00 Uhr zu gewährleisten, müsse ab 07:00 Uhr eine Person vor Ort sein, um die Betriebssicherheit des HWBs zu prüfen. Dies dürfe nur durch eine Fachkraft für Bäderwesen erfolgen. Der Dienstbeginn müsste somit von 08:00 auf 07:00 Uhr vorgezogen werden. Diese Stunde würde abends für die Öffentlichkeit fehlen und das Bad müsste bereits um 17:00 Uhr geschlossen werden. Die Verwaltung schlägt daher der DLRG vor, das Bad am Samstag von 09:00 bis 10:00 Uhr zu nutzen.
Zudem bittet die Verwaltung darum, das Schwimmbad am Samstag über den Eingang der Turnhalle Am Eichelkamp zu betreten und die dortigen Umkleidekabinen zu nutzen. Bei der regulären Nutzung der Schwimmbadkabinen sei ein Großteil durch die Vereinsmitglieder belegt, wenn die Öffentlichkeit das Bad betrete. Zudem sei eine Reinigung der Kabinen nach der Vereinsnutzung und vor der Öffnung des Bades nicht mehr möglich.

Frau Kilian beantragt eine weitere Sitzungsunterbrechung. Die Sitzung wird um 19:03 Uhr unterbrochen und um 19:12 Uhr wieder aufgenommen.

Herr Hubert teilt mit, dass der Vorsitzenden der DLRG Herr Schöneberg signalisiert habe, dass ein Einvernehmen herzustellen sei. Die SPD bittet darum, dass weitere Gespräche mit den Betroffenen und dem GSB geführt werden, um Transparenz zu schaffen und eine konfliktfreie Lösung zu finden.

Der Antrag der SPD wird zurückgezogen, da der AKSMK – sofern kein Einvernehmen hergestellt werden sollte – mit der Angelegenheit betreut werde.